AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search
http://ageconsearch.umn.edu
aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V.

Beusmann, V., Hagedorn, K.: Ansätze der Politischen Ökonomie zur Erklärung einer sektoralen Einkommenspolitik. In: Grosskopf, W., Köhne, M.: Einkommen in der Landwirtschaft – Entstehung, Verteilung, Verwendung und Beeinflussung. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 21, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (1984), S. 51-84.

Ansätze der Politischen Ökonomie zur Erklärung einer sektoralen Einkommenspolitik

von

Volker Beusmann und Konrad Hagedorn,
Braunschweig-Völkenrode

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag befaßt sich mit dem Versuch, die landwirtschaftliche Einkommenspolitik durch neuere Ansätze der Politischen Ökonomie zu erklären. Die Nachfrage der Landwirtschaft nach Einkommenspolitik ist eine Folge der Tatsache, daß es unter den spezifischen ökonomischen Bedingungen der Landwirtschaft rational ist, in einem hohen Maße ökonomischen Wettbewerb durch eine politische Suche und Sicherung von Renten und analog dazu ökonomische Anpassung durch politischen Widerspruch zu ersetzen. Daß den so entstandenen agrarpolitischen Präferenzen einer passionierten Minderheit das Angebot an Einkommenspolitik durch die Agrarpolitiker weitgehend entspricht, ist kaum durch das Steuerungspotential des Wählereinflusses und des Parteienwettbewerbs zu erklären. Vielmehr haben Agrarpolitiker und Landwirte ein gemeinsames Interesse daran, die landwirtschaftliche Einkommenspolitik aus der mit Instabilität, Ungewißheit und Risiko verbundenen Wählerkontrolle herauszuhalten und anderen agrarpolitischen Koordinationsmechanismen (innere Lobby, Verbandseinfluß, Bürokratie) anzuvertrauen. Eine Enttäuschung der auf diese Weise aufgebauten verteilungspolitischen Erwartungen kann allerdings zu einer Legitimationskrise der Agrarpolitik führen, weil mit einer asymmetrischen politischen Reaktion vieler Bauern auf Verteilungsgewinne und -verluste zu rechnen ist.

---

1 Einleitung

Die gemeinsame Agrarpolitik der EG ist in eine tiefe Krise geraten. Eine Fortführung der bisherigen Politik, die vorwiegend am Einkommensziel orientiert war, ist im gegebenen Finanzrahmen nicht mehr möglich, eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik deshalb unumgänglich. Eine solche Neugestaltung der Agrarpolitik setzt u.a. eine gründliche Analyse der Bestimmungsgründe für die bisherige landwirtschaftliche Einkommenspolitik voraus. Ziel unserer Arbeit ist es

daher, zu prüfen, inwieweit neuere Ansätze der Politischen Ökonomie einen Beitrag zur Erklärung einer sektoralen Einkommenspolitik für die Landwirtschaft liefern können. Zunächst werden Perspektive und Methode der Neuen Politischen Ökonomie in ihren wichtigsten Grundzügen erläutert, indem sie der Behandlung von Politik in der herkömmlichen ökonomischen Theorie gegenübergestellt werden. Im Anschluß daran soll in einigen Thesen begründet werden, warum die Landwirtschaft ein Interesse an einkommenspolitischen Maßnahmen hat oder - mit anderen Worten - warum die Landwirtschaft als Nachfrager nach Einkommenspolitik auftritt. Zum Abschluß wird die Frage zu klären versucht, auf welche Weise die Landwirtschaft ihr Interesse an einer Einkommenspolitik in ein reales Angebot von Seiten der Politik umsetzen kann.

2 Perspektive und Methode der Neuen Politischen Ökonomie

Im traditionellen ökonomischen Ansatz wird der Politikbereich als exogen betrachtet, die Zusammenarbeit zwischen Ökonomen und Politikern wird als Arbeitsteilung aufgefaßt: Der Politiker gibt Ziele vor, der Ökonom leitet den optimalen Mitteleinsatz zur Erreichung der Ziele ab und der Politiker setzt die so abgeleiteten Politikmaßnahmen durch. Eine solche, zu Recht als "Instrumentalismus" (Homann, 40, S. 68-101) kritisierte Arbeitsteilung und die Selbstbeschränkung der Ökonomen im Analysebereich weisen jedoch erhebliche Mängel auf:

(1) Nicht nur politische Maßnahmen, sondern auch politische Ziele unterliegen der Knappheit, da die Realisierung bestimmter Ziele in der Regel mit einem Verzicht bei anderen Zielen verbunden ist.

(2) Der Prozeß der politischen Konsensfindung bezüglich der Ziele, aber auch bezüglich der Akzeptanz der Politikmaßnahmen ist ebenfalls nicht kostenfrei, sondern mit Knappheit verbunden.

Da die Analyse von Knappheiten Kern ökonomischer Analyse ist, sollten Ökonomen bei der Diskussion sowohl der Ziele

als auch der Verfahren gesellschaftlicher Konsensbildung einen Lösungsbeitrag liefern können. Dies ist der Ansatzpunkt der Neuen Politischen Ökonomie (auch "Moderne Politische Ökonomie", "Ökonomische Theorie der Politik" und "Theory of Public Choice" genannt; vgl. Frey,20; Stollberg, 64; Mueller, 51), die einerseits der Analyse von Politik mit Methoden der Ökonomie dient, andererseits der Endogenisierung, d.h. der systematischen Einbeziehung der Politik in ökonomische Analysen. Rationalverhaltenshypothese und Marktkonzept werden dabei auf politische Prozesse übertragen.

Das Politikverständnis der herkömmlichen Theorie der Wirtschaftspolitik entspricht dem Konzept eines wohltätigen Diktators, der kostenlos individuelle Präferenzen harmonisch zu einer gesellschaftlichen Wohlfahrtsfunktion aggregiert und den von Ökonomen als effizient bestimmten Instrumenteneinsatz widerspruchslos durchsetzen kann. Kompromisse und Gruppeninteressen - typische Erscheinungsformen einer Demokratie - müssen in einer derartigen Vorstellungswelt als Hemmnis für Rationalität wirken. Diese Einstellung offenbart sich in Vorwürfen von Ökonomen an Politiker, daß sie sich irrational verhielten. Im traditionellen ökonomischen Ansatz wird der Konflikt zwischen ökonomischer Rationalität und Demokratie also zugunsten der Rationalität und zu Lasten der Demokratie entschieden (Homann, 41, S. 14).

In der Neuen Politischen Ökonomie hingegen wird der politische Akteur als durchaus rational handelnder Mensch mit Eigeninteresse aufgefaßt, der beispielsweise an seiner Wiederwahl interessiert ist. Hierdurch entsteht allerdings ein spiegelbildliches Problem: Versucht der Ökonom aus dem Handeln der Politiker unter der Hypothese eines "vollkommenen" politischen Marktes und rationalen Verhaltens auf die Präferenzen der politischen Akteure zu schließen, dann wird der Status-quo als optimal bezüglich der Anfangsausstattungen und der auf diese Weise indirekt bestimmten Präferenzen deklariert. Das Ergebnis des demokratischen Willensbildungsprozesses erhält damit Optimalitätscharakter, der Adressat einer ökonomischen Ziel-Mittel-Rationalität

ist gewissermaßen verlorengegangen und ökonomische Analysen drohen zur Rechtfertigungsökonomie für den Status-quo zu verkommen (Henrichsmeyer, 37, S. 609). Der Konflikt zwischen demokratischen Koordinationsmechanismen und Rationalität wird in diesem Fall zugunsten der Demokratie und zu Lasten einer übergeordneten, gesellschaftlichen Rationalität entschieden.

Somit stehen wir vor zwei Problemen: (1) Es soll weder die Demokratie der Rationalität noch die Rationalität der Demokratie geopfert werden, und (2) die Endogenisierung der Politik soll eine normative Beeinflussung der Politik nicht ausschließen. Ein Ansatz zur Lösung dieses Dilemmas kann hier nur grob umrissen werden. Er umfaßt zwei wesentliche Elemente:

(1) Ein Rationalitätskonzept, das dem ökonomischen Rationalitätsprinzip und dem Demokratiegedanken (in der öffentlichen Diskussion oft auf den Begriff der "politischen Machbarkeit" reduziert) gleichermaßen Rechnung trägt.

(2) Ein Institutionensystem, innerhalb dessen eigennütziges Handeln von Politikern, Interessenvertretern, Bürokraten etc. zur Steigerung des gesamtgesellschaftlichen Wohles führt.

Ein dieser Einsicht entsprechendes Forschungsprogramm muß auf die Entwicklung und laufende Verbesserung einer rationalen und zugleich demokratischen Verfassung der Wirtschafts- bzw. Agrarpolitik abgestellt sein. Als alternative Rationalitätskonzeption ist dafür eine sich wechselseitig ergänzende Zweck- und Verfahrensrationalität anzustreben[1] (Homann, 41, S. 28 f.), die auf der Vorstellung eines prinzipiellen Wissensdefizits beruht (Hayek, 34). Wissenschaftler wie Politiker optimieren nicht nur innerhalb einer bekannten Umwelt, sondern suchen ständig nach neuen und besseren Lösungen in einer ihnen nur unvollständig bekannten Umwelt.

---

1) Vgl. hierzu auch die Gegenüberstellung des ergebnisorientierten, utilitaristischen und des regelorientierten, vertragstheoretischen Forschungsprogramms bei Watrin, in diesem Band, S. 15 ff.).

Dieses Suchverfahren sollte so gestaltet sein, daß möglichst große Fortschritte beim Suchen erzielt werden. Sowohl die Zwecke als auch die Verfahren unterliegen dabei aufgrund wechselseitiger Kontrolle ständig der Revision, müssen also immer wieder korrigierbar sein (vgl. Aldrup, 6, S. 105-121 sowie Watrin's Diskussion zur Evolution von Spielregeln in diesem Band, S.). Nach diesem kurzen Überblick über die Neue Politische Ökonomie soll nun der Frage nachgegangen werden, warum die Landwirtschaft eine Nachfrage nach einer Agrareinkommenspolitik entwickelt.

3 Die Nachfrage nach landwirtschaftlicher Einkommenspolitik

3.1 Unzureichende Markteinkommen

Die Grundthese zur Begründung eines Interesses der Landwirtschaft an einkommenspolitischen Maßnahmen lautet, daß sie unbefriedigende Möglichkeiten hat, über den Markt Einkommen zu erzielen und deshalb auf politischem Wege nach einem Ausgleich sucht (vgl. u.a. Schmitt, 62, S. 343). Die Ursache für diese unzureichenden Markteinkommen wird in der Agrarökonomie im allgemeinen mit dem Tretmühleneffekt technischer Fortschritte in einer Marktwirtschaft bei unzulänglicher Mobilität der Faktoren erklärt (Cochrane, 15). Der Einzelne Landwirt führt technischen Fortschritt in der Erwartung einer Pionierrente ein. Mit der Verbreitung der Neuerung führt jedoch der Konkurrenzmechanismus des Marktes dazu, daß die Innovationsgewinne über veränderte Preisrelationen an den Verbraucher übergehen, und zwar um so mehr, je unelastischer dessen Nachfrage auf Preisänderungen reagiert. Durch unzulängliche Anpassungsgeschwindigkeit auf der Faktorseite (insbesondere für den Faktor Arbeit) entsteht dann das landwirtschaftliche Einkommensproblem. Die Agrarökonomie hat sich dieser Problemidentifikation entsprechend ausführlich mit den Ursachen der begrenzten Mobilität beschäftigt, wobei die Theorie niedriger Opportunitätskosten für landwirtschaftliche Arbeitskräfte eine herausragende Rolle spielte (vgl. z.B. die 9. Jahrestagung dieser Gesellschaft, 1972, sowie Schmitt, 61 und Tangermann, 66).

Betrachtet man diesen Ansatz zur Erklärung der intersektoralen Einkommensdisparität aus der Perspektive der sog. Ungleichgewichtstheorie, die zur Erklärung der makroökonomischen Ungleichgewichtsphänomene von Arbeitslosigkeit und Inflation dient (vgl. Drazen, 18; Rothschild, 59; Weintraub, 69), so ist er in der Nähe des Forschungsprogramms der Neuen Mikrotheorie einzuordnen, das unter der Prämisse arbeitet: wenn ein Ungleichgewicht existiert, muß es aus mikroökonomischer Sicht rationale Gründe dafür geben. Die Möglichkeit von Unvollkommenheiten im makroökonomischen Koordinationssystem wird nicht in Erwägung gezogen. Die Erklärung eines Ungleichgewichts liegt dementsprechend in der Entdeckung bisher verborgener Elemente im individuellen Entscheidungskalkül, wie unzureichende Qualifikation für außerlandwirtschaftliche Tätigkeiten, hohe Informations- und Transferkosten, Präferenz für bestimmte Tätigkeiten etc. Ein solcher Erklärungsansatz basiert auf der Vorstellung eines Walras-Modells, in dem ausschließlich relative Preise (Einkommen) die Mengen steuern und der Walras'sche Auktionator für Markträumung sorgt, wenn auch auf dem Faktormarkt für Arbeit nur mit Verzögerung. Das Koordinationsvermögen des Marktes wird allenfalls kurzfristig in Frage gestellt.

Der Kern eines hiermit konkurrierenden Forschungsprogramms besteht darin, die Ursachen für Ungleichgewichte in der unvollkommenen Funktionsweise ökonomischer Koordinationsmechanismen zu suchen. Enttäuschte Erwartungen und ungeräumte Märkte, die sich auf anderen Märkten fortpflanzen und verstärken können, sind wesentliche Merkmale dieses Paradigmas. Eine Überprüfung dieses Ansatzes am landwirtschaftlichen Einkommensproblem ist bisher unseres Wissens noch nicht erfolgt, der geeignete Ansatzpunkt kann aber an folgendem Beispiel erläutert werden: Ein Landwirt, der seine Erwartungen bezüglich einer angestrebten außerlandwirtschaftlichen Beschäftigung und damit das angestrebte Einkommensniveau nicht realisieren kann, sieht sich zur Anpassung seiner Pläne gezwungen. Dazu bestehen insbesondere folgende Möglichkeiten: (1) Auflösung von Sparguthaben, (2) Reduzierung des Konsums, (3) Ausdehnung der landwirt-

schaftlichen Produktion zur Steigerung des landwirtschaftlichen Einkommens. In das Entscheidungskalkül geht jetzt außer den relativen Preisen auch die Mengenbeschränkung in der außerlandwirtschaftlichen Arbeit als Erklärungsfaktor ein. Eine Reduzierung des Konsums hätte Rückwirkungen auf das Beschäftigungsniveau in der Industrie. Je nach Reaktionsrichtung und -ausmaß bestünde also die Möglichkeit zur Verschärfung eines anfänglichen Ungleichgewichts. Es müssen nicht immer die Preise (wie im Walras-System) sein, die im Ungleichgewicht zuerst reagieren und zum Gleichgewicht zurückführen, sondern es können auch zuerst Mengenreaktionen auftreten, die möglicherweise destabilisierend wirken. Zwar könnte eingewandt werden, mittel- und langfristigk seien nur Anpassungen gemäß dem Walras-Modell denkbar und eine Analyse derartiger Kurzfristerscheinungen erübrige sich deshalb. Gerade hierin liegt jedoch ein Trugschluß, da, wie wir oben gezeigt haben, Politik nicht nur langfristig effizient, sondern auch kurzfristig politisch konsensfähig, d.h. machbar sein muß.

3.1 Begrenzung des Anpassungsdrucks in der Sozialen Marktwirtschaft

Wie oben gezeigt wurde, ist der Versuch, über Pionierrenten zusätzliches Einkommen zu erzielen, nur begrenzt einzelbetrieblich erfolgreich und mündet in einen dauerhaften Konkurrenzwettlauf. Beschleunigung des Wissenszuwachses und der Wissensverbreitung durch verbesserte Ausbildung, Beratung und Kommunikation würden in einer reinen Marktwirtschaft die Pionierrenten zudem noch schmälern und die Anpassungsnotwendigkeit erhöhen. Diesem Anpassungsdruck im Arbeitsleben stehen Konsumfreuden in Form immer reichlicherer Güterversorgung zu günstigen Preisen gegenüber, es handelt sich um zwei unzertrennliche Eigenschaften einer Marktwirtschaft. Gibt man die analytisch reduktionistische Spaltung des Menschen in den Einkommensverdiener und den Einkommensverwender auf und betrachtet ihn als Ganzes, dann ergibt sich ein Widerspruch zwischen Arbeitswelt und Privatsphäre: In der Arbeitswelt ist der Mensch immer neuen An-

passungszwängen unterworfen, um sich im Privatleben immer königlicher als Konsument mit materiellen Gütern versorgen zu können (Fritsch, 24, S. 503; Meyer, 49, S. 107; Guggenberger, 29). Dieser Zwiespalt spiegelt eine Asymmetrie in den Anpassungsmöglichkeiten wider: Konsumentenentscheidungen können sich rasch wandeln, eine Anpassung in der Produktion fällt Produzenten, Arbeitern und Angestellten hingegen in der Regel schwer. Mit steigendem Niveau materieller Güterversorgung tritt einerseits eine Ernüchterung in Gestalt der Erkenntnis ein, daß das individuelle Wohlbefinden nicht unbedingt eng an die Verfügbarkeit materieller Güter geknüpft ist, andererseits stellt sich zunehmend die Frage nach einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Anpassungslast im Arbeitsleben und Anpassungslust im Konsum.

Nun erscheint die Frage berechtigt, inwieweit das Problem mangelnder Anpassungsbereitschaft infolge hohen materiellen Wohlstandsniveaus relevant ist zur Erklärung einer landwirtschaftlichen Nachfrage nach Einkommenspolitik, wo doch zuvor gerade das unterdurchschnittliche Niveau landwirtschaftlicher Einkommen als Bestimmungsgrund der Nachfrage genannt wurde. Dieser Widerspruch existiert jedoch nur scheinbar: Das Dilemma der reinen Marktwirtschaft zwischen Anpassungsnotwendigkeiten im Arbeitsleben und Anpassungsmöglichkeiten im Konsum wird im System der Sozialen Marktwirtschaft u.a. durch politische Maßnahmen oder Kontrakte zwischen Gruppen entschärft. Das Zustandekommen derartiger Übereinkünfte kann im Sinne der Kontrakttheorie gedeutet werden: Der Verzicht auf einen potentiellen Effizienzgewinn ist der Preis für sozialen Frieden, ein Gut, das sich nur schwer in ökonomische Quantifizierungen im Rahmen von Kosten-Nutzen-Analysen einfügen läßt. Die Teilnahme an der allgemeinen Wohlfahrtssteigerung bei Entschärfung des Anpassungsdrucks im Erwerbsleben ist ein Motiv für die Nachfrage nach politischen Maßnahmen zur Einkommenssicherung, besonders in schrumpfenden Sektoren, so auch in der Landwirtschaft.

3.3 Rentensuche und politischer Widerspruch als Alternativen zur ökonomischen Anpassung

Der Kompromiß zwischen Anpassungsnotwendigkeiten im Arbeitsleben und materieller Güterversorgung wird aber weniger als breiter Konsens der Gesellschaft in Form von fixierten Regeln gesucht, vielmehr versuchen Gruppen, sich dem Anpassungszwang zu entziehen und sich die Einkommens- und Konsumvorteile zu erhalten. Diese Tendenz kann mit der Schlagzeile von der "Rentensuchenden Gesellschaft (Tollison, 67) auf der Flucht vor den Anpassungserfordernissen der Marktwirtschaft" charakterisiert werden. Im wesentlichen werden hierbei folgende Wege eingeschlagen: zum einen Aktivitäten zur Verbesserung der Marktstellung, zum anderen Rentensuche und -sicherung auf politischem Wege. Da die Möglichkeiten des Aufbaus oder der Nutzung von Marktmacht in der Landwirtschaft bekanntlich begrenzt sind, versucht sie, ihre unzureichenden Markteinkommen über politische Steuerungsmechanismen außerhalb des Marktes aufzubessern. Diese Suche nach politisch abgesicherten Renten ist eine wesentliche Erweiterung des Handlungsspielraums, die erhebliche Auswirkungen auf das Verhalten der Wirtschaftssubjekte haben kann. Außer der stillen Anpassung durch "Wachsen oder Weichen" gibt es jetzt eine zusätzliche Reaktionsmöglichkeit: den politischen Widerspruch (vgl. dazu im einzelnen Hirschmans Überlegungen über "Exist, Voice and Loyalty", 1970). Gerade wenn das Wachsen schwierig und das Weichen mit hohen Kosten verbunden ist, erscheint die Verringerung des Anpassungsdrucks auf politischem Wege erstrebenswerter. Die Landwirtschaft hat deshalb intensive politische Präferenzen entwickelt, die darauf ausgerichtet sind, sich durch politische Einflußnahme ökonomischen Wandel zu ersparen (Hagedorn, 32, S. 22) .Sie tritt daher politisch als eine "passionierte Minderheit" (Downs, 17, S. 62 ff.) auf.

Rentensuche ist sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Bereich mit Kosten verbunden, einerseits z.B. zum Aufbau akquisitorischen Potentials, andererseits z.B. für Lobbying. In beiden Fällen droht die Gefahr, in ein Gefan-

genen-Dilemma zu geraten: Falls Konkurrenten auf die gleiche Weise versuchen, Einfluß zu gewinnen und Renten zu erzielen, kann es zu einer gegenseitigen Aufhebung der Wirkung kommen, so daß sich die relative Position gegenüber der Konkurrenz nicht verbessert, nun aber Kosten für die Rentensuche entstehen, durch die sich das absolute Einkommensniveau sogar verringert (Tollison, 67, S. 587). Aus Furcht vor relativer Schlechterstellung besteht aus einer solchen Situation heraus kein einzelwirtschaftlicher Anreiz für eine Reduzierung des Aufwandes für die Rentensuche. Diesem Dilemma kann eine Gruppe nur dann entgehen, wenn sie relative Vorteile im Prozeß der Rentensuche durch eine gute Organisationsfähigkeit (Haase, 30, S. 56-106) und hohes politisches Gewicht, d.h. eine hohe "Konfliktfähigkeit eines gesellschaftlichen Bedürfnisses" (Offe, 55, S. 275) realisieren kann. Genau dieses ist der Landwirtschaft offenbar gelungen. An die Frage, weshalb ihr dies möglich war, wird nun unmittelbar angeknüpft, indem mögliche Bestimmungsgründe für ein Angebot an landwirtschaftlicher Einkommenspolitik untersucht werden. Gegenstand dieser Überlegungen soll allerdings nicht der gewiß ebenfalls wichtige Aspekt der Organisationsfähigkeit (Olson, 56, S. 49 ff.; Wilson, 72; Cell, 14), sondern die Frage nach der Konfliktfähigkeit der Landwirtschaft sein.

4 Das Angebot an landwirtschaftlicher Einkommenspolitik

Wir gehen daher von der Hypothese aus, daß die Landwirtschaft in einer Demokratie offenbar über außergewöhnlich wirksame Sanktionsmechanismen verfügt, mit denen sie die Politiker dazu veranlassen kann, ihre verteilungspolitischen Präferenzen besonders zu berücksichtigen. Solche Sanktionen können einerseits aus dem Steuerungspotential der Wählerkontrolle und des Parteienwettbewerbs resultieren.Sie können andererseits aber auch durch andere politische Koordinationsmechanismen erfolgen, durch die parlamentarische Lobby, den Verbandseinfluß und die Staatsbürokratie.

4.1 Die ökonomische Theorie der Demokratie als Erklärungsansatz

Um mehr über die relative Bedeutung dieser beiden Erklärungsalternativen zu erfahren, gehen wir von einer einfachen Modelldemokratie aus, die an die ökonomische Theorie der Demokratie von Downs (17, S. 21-72) angelehnt ist. In diesem Modell wird die Konkurrenz der Parteien um Wählerstimmen als ein politischer Markt interpretiert: Die Parteien sind die Anbieter von Kollektivgütern und die Wähler die Nachfrager nach Kollektivgütern. Zur weiteren Veranschaulichung kann man sich vorstellen, daß die Präferenzen der Wähler und die Programme der Parteien auf einem Links-Rechts-Kontinuum angeordnet sind. Die Parteien wählen dann auf dieser programmatischen Skala denjenigen Punkt, von dem sie einen Wahlsieg erwarten. Die Wähler entscheiden sich für diejenige Partei, aus deren Programm sie sich den höchsten Nutzen versprechen[1]. Wir grenzen unsere Modelldemokratie ferner sektoral ein, indem wir zunächst nur landwirtschaftliche Wähler und agrarpolitische Programme betrachten, andere Wähler und andere Politikbereiche erst einmal ausklammern. Unter diesen Annahmen hätten die Agrarpolitiker bei ihren Politikentscheidungen nur die Präferenzen der landwirtschaftlichen Wähler zu berücksichtigen und deren Wahlentscheidung wäre wiederum nur von der Agrarpolitik abhängig. Schließlich formulieren wir vier alternative Annahmen über das Wählerverhalten der landwirtschaftlichen Bevölkerung, indem wir sie uns nacheinander als Medianwähler, Wechselwähler, Stammwähler und Extremwähler vorstellen.

Für die Agrarpolitiker ist es nur dann rational, auf die Politiknachfrage der Landwirtschaft mit einem Angebot an

---

1) Weitere Annahmen dieses Modells sind beispielsweise die Beschränkung auf ein Zwei-Parteien-System, vollkommene Informationen von Politikern und Bürgern u.a.m. Zur näheren Erläuterung vgl. neben Downs (17, S. 21-72) beispielsweise Barry (8, S. 107-133), Dinkel (16, S. 17-27), Frey (20, S. 120-136), Herder-Dorneich und Groser (38, S. 121-135) und Kirsch (43, S. 70-124).

Umverteilungspolitik zu reagieren, wenn die Landwirte bewegliche Wähler sind; also keine Stammwähler, sondern Medianwähler, Wechselwähler oder Extremwähler, die sich durch entsprechende Veränderungen der Parteiprogramme gewinnen oder auch verlieren lassen.

4.2 Das Medianwähler-Modell und die Ursachen der einseitigen Identifikation von Landwirten

4.2.1 Sind Landwirte Medianwähler?

Wären Landwirte Medianwähler, könnten sie die Regierung leicht zu einer für sie günstigen Agrarpolitik veranlassen. Denn als Medianwähler befänden sie sich auf dem Links-Rechts-Kontinuum unseres Demokratiemodells genau zwischen zwei gleich großen Gruppen andersdenkender Wähler. Da von ihrer Wahlentscheidung dann die Stimmenmehrheit abhinge, würden beide Parteien ein identisches Agrarprogramm anstreben, und zwar genau dasjenige, das den Erwartungen der Landwirte entspräche. Das Ergebnis wäre eine bauernfreundliche, im Zeitablauf stabile Einkommenspolitik.

Eine solche politische Schlüsselstellung der Landwirtschaft erscheint plausibel: Einerseits haben Landwirte in ihrer Rolle als Eigentümer von Produktionsmitteln ähnliche Interessen wie gewerbliche Unternehmer, andererseits entwikkeln sie als Folge ihrer Einkommensprobleme ähnliche verteilungspolitische Präferenzen wie Arbeitnehmer. Trotzdem sind Landwirte im allgemeinen keine Medianwähler, sondern zeichnen sich durch eine ausgeprägte Parteiidentifikation überwiegend zugunsten bürgerlicher Parteien aus (Ackermann, 1, S. 66 f.; Gerl, 26, S. 207 f.; Haase, 30, S. 41; Lewis-Beck, 47, S. 450). Ein Steuerungspotential allgemeiner Wahlen für die landwirtschaftliche Einkommenspolitik kann demzufolge mit dem Medianwähler-Modell nicht gefunden werden.

4.2.2 Entstehung und Konservierung der einseitigen Parteiidentifikation von Landwirten

Allerdings bleibt die Berufung auf eine bestimmte Parteiidentifikation solange eine "quasi-tautologische Erklärung"

(Naschold, 1971, S. 39), wie deren Ursachen nicht näher erörtert werden. "Wenn man Wähler befragt, ob sie sich als Parteianhänger betrachten und dann feststellt, daß die Wahlergebnisse damit stark zusammenhängen, hat man nicht viel mehr als eine Tautologie formuliert" (Dinkel, 16, S. 96). Wir müssen deshalb nach den Bestimmungsgründen für die einseitige Parteiidentifikation von Landwirten fragen.

(1) Die sozialpsychologische Situation der Landwirtschaft: Die Parteiidentifikation bäuerlicher Wähler zugunsten bürgerlicher Parteien ist der politische Ausdruck einer bestimmten sozialpsychologischen Situation der Landwirtschaft. Der Strukturwandel wurde von vielen Bauern als ein Verlust an gesellschaftlicher Bedeutung interpretiert, weil sie durch ihn zu einer gesellschaftlichen Minderheit geworden sind, die außerdem nur mühsam mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung Schritt halten konnte (Ackermann, 1, S. 23 ff.; 2, S. 299). Gleichzeitig gelangen in der Industriegesellschaft ganz andere Werte und Normen zur Geltung, als ihnen von der ständischen Ordnung her vertraut waren. Infolgedessen waren sie gleich in mehrfacher Hinsicht einem ständigen Druck ausgesetzt, sich den vorauseilenden Veränderungen der Industriegesellschaft anzupassen. So ist zu erklären, daß viele Landwirte mit einer ausgeprägten Statusfurcht auf diesen Wandel reagierten. Zu dieser Verunsicherung trugen die ökonomischen Probleme der Landwirtschaft entscheidend bei, weil der soziale Status nun immer mehr nach Merkmalen wie Leistung und Einkommen definiert wurde. Gerade in bezug auf diese ökonomischen Kriterien konnten zahlreiche Bauern nicht mithalten. Dagegen wurden diejenigen, die sie traditionell in der Rolle der wirtschaftlich Bedürftigen gesehen hatten - gemeint sind die Arbeitnehmer -, zum Maßstab ihrer zum Teil unerfüllten Einkommensansprüche, und dies sogar in offiziellem Bewertungsschema der staatlichen Agrarpolitik.

(2) Verteidigung des ökonomischen Besitzstandes und des sozialen Status durch eine konservative Agrarpolitik: Weshalb und wie Bauern in einer solchen sozialpsychologischen

Situation politisch reagieren, wird deutlich, wenn wir an folgende Überlegung aus Abschnitt 3.3 anknüpfen. Da aus den dort genannten Gründen eine politische Einflußnahme für sie ökonomisch günstiger ist als eine uneingeschränkte wirtschaftliche Anpassung, entwickeln sie intensive agrarpolitische Präferenzen und treten demzufolge als eine passionierte Minderheit auf, um durch geeignete kollektive Strategien ihren ökonomischen Besitzstand und dadurch auch ihren sozialen Status zu verteidigen. Auf diese Weise wird die politische Sicherung ökonomischer Renten einer ausschließlichen Gewinnorientierung und der politische Widerspruch einer vollständigen wirtschaftlichen Anpassung vorgezogen. Es sind aber im Grunde analoge Alternativen, die der Landwirtschaft zur Wahl gestellt werden, wenn sie nach geeigneten politischen Unternehmern Ausschau hält, an die sie die Durchsetzung ihrer Interessen delegieren möchte. Denn die "Erhaltung des Bauerntums in möglichst unveränderter Struktur" und die "Anpassung der Landwirtschaft an die Industriegesellschaft" bilden gewissermaßen die beiden Pole der agrarpolitischen Diskussion (Kötter, 45, S. 50 f.; Nooij, 54, S. 59 ff.). Wenn jedoch die agrarpolitische Einflußnahme der Verteidigung ihres ökonomischen Besitzstandes und ihres sozialen Status dienen soll, kann die Landwirtschaft nur solchen Politikern und Parteien ihre Zustimmung geben, die eine defensive, d.h. strukturerhaltende Agrarpolitik vertreten, und nicht anderen, die eine progressive, d.h. anpassungsorientierte Agrarpolitik anstreben. Da aber die Vertreter einer solchen konservativen Agrarpolitik vorwiegend auf der rechten oder auch auf der ganz linken Seite unserer programmatischen Skala zu finden sind - "... wenn auch aufgrund von sehr verschiedenen Wertvorstellungen" (Nooij, 54, S. 67) -, hat die Landwirtschaft gar nicht die Wahlmöglichkeiten eines Medianwählers.

(3) Die antikommunistische Haltung der Landwirte: Die Parteiidentifikation der bäuerlichen Wähler kommt besonders in der Bundesrepublik Deutschland weit mehr der rechten als der linken Seite des politischen Spektrums zugute, weil ein im Vergleich zu anderen sozialen Gruppen außergewöhnlich

hoher Anteil der Bauern eine strikte Abneigung gegenüber dem Kommunismus hegt (Lewis-Beck, 47, S. 460). Die Ursache liegt in dem bekannten Konfliktverhältnis zwischen bäuerlichen Interessen und marxistischer Ideologie: Ökonomische Existenz und sozialer Status von Bauern hängen - jedenfalls gemessen an ihrem bei uns üblichen Selbstverständnis - von der Garantie des privaten Besitzes von Produktionsmitteln ab. Dieses Zugeständnis ist der Landwirtschaft aber im Sozialismus östlicher Prägung nur im Ausnahmefall (z.B. in Polen) gemacht worden und auch in der westlichen Sozialdemokratie lange Zeit ideologisch widersprüchlich und ungeklärt geblieben (Lehmann, 46, S. 263-278). Dadurch hat sie sich bei den bäuerlichen Wählern eine Tradition des Mißtrauens eingehandelt, die durch die Teilung Deutschlands, das konkrete Beispiel der Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR und das unmittelbar miterlebte Schicksal heimatvertriebener Bauern noch mehr gefestigt wurde.

(4) Die Konservierung der Parteiidentifikation: Die Voraussetzungen für eine langfristige Aufrechterhaltung der so entstandenen einseitigen Parteiidentifikation sind in der Landwirtschaft besonders günstig. Zum einen sind sich die sozialen, kulturellen und ökonomischen Lebensbedingungen von Eltern und Kindern in bäuerlichen Familien sehr viel ähnlicher als anderswo, so daß die an die nächste Generation weitergegebenen Parteipräferenzen eher stabilisierenden als verändernden Einflüssen ausgesetzt sind (Lewis-Beck, 47, S. 455). Zum anderen wird die bürgerliche Parteiidentifikation durch die Weitergabe religiöser Bindungen gefestigt, die - gemessen an der Häufigkeit des Kirchenbesuchs (Lewis-Beck, 47, S. 456 f.) - ebenfalls bei Bauern stärker ausgeprägt sind als in den anderen sozialen Gruppen.

4.3 Das Wechselwähler-Modell und Landwirte als einkommenspolitisch manipulierbare Grenzwähler

4.3.1 Landwirte als Wechselwähler?

Während im Medianwähler-Modell die Parteien letztlich nur um die Medianwähler konkurrieren, bezieht das Wechselwähler-Modell auch andere Wählergruppen in den Parteienwettbewerb ein. Denn das Medianwähler-Modell ist im Grunde ein reines Allokationsmodell, mit dem die wahlstrategisch optimale Kollektivgütermenge erklärt werden kann. Die Politiker in unserer Modelldemokratie werden ihren eigennützigen Wählern aber jede nur denkbare Steigerung ihres Nutzeneinkommens in Aussicht stellen müssen, um die Wahl zu gewinnen. Sie werden sich nicht auf allokationspolitische Programme beschränken, sondern zusätzlich umverteilungspolitische Maßnahmen einsetzen. Da beide Parteien diese Strategie verfolgen, werden die Entscheidungen der einen Partei immer wieder durch gezielte Umverteilungsprogramme der anderen unterlaufen. Letzten Endes ist dann im Wahlsieg nur noch durch eine extreme verteilungspolitische Konzentration der Allokationsvorteile des angestrebten Allokationsprogramms auf eine möglichst kleine, aber gerade noch mehrheitsfähige Wählergruppe möglich: Um eine maximale Begünstigung der eigenen Wähler zu erreichen, muß die Zahl der Begünstigten möglichst niedrig sein, aber gerade noch eine Stimmenmehrheit gewährleisten. Damit die dafür verfügbare Umverteilungsmasse möglichst groß ist, muß die Zahl der Belasteten möglichst hoch sein, und ihre individuelle Belastung ist ebenfalls zu maximieren. "Eine 'optimale Verteilungsstrategie' im Modell der 'reinen Demokratie' zeichnet sich daher durch eine 'maximale Begünstigung einer minimalen Mehrheit' aus, woraus sich eine 'maximale Belastung einer maximalen Minderheit' ergibt" (Knappe, 44, S. 124).

Hat sich nun aber eine Partei verbindlich für die Begünstigung einer bestimmten "51 %-Gruppe" und die Belastung der verbleibenden "49 %-Gruppe" entschieden, so wird die Konkurrenzpartei ihren Wahlsieg dadurch zu verhindern versuchen, daß sie die Situation der unterlegenen "49 %-Gruppe"

durch Entlastungen und Begünstigungen verbessert und zusätzlich aus der "51 %-Gruppe" eine kleine geeignete "2 %-Gruppe" isoliert, indem sie ihr noch mehr Vorteile verspricht als die andere Partei. Die Landwirtschaft könnte durchaus die Rolle eines solchen Mehrheitsbeschaffers spielen, da ihr Wählerpotential nur ca. 2,8 % der genannten Wählerschaft ausmacht (Haase, 30, S. 38) und Bauern durch einkommenspolitische Maßnahmen besonders gut ansprechbar sind. Wenn Landwirte demnach durch eine einkommenspolitische Beeinflussung zu wahlentscheidenden Grenzwählern gemacht werden könnten, wäre ein Steuerungspotential allgemeiner Wahlen als Erklärung für eine bauernfreundliche Einkommenspolitik nicht mehr auszuschließen.

4.3.2 Landwirtschaftliche Wähler als einkommenspolitisch manipulierbare Grenzwähler?

Zwei Varianten dieser Hypothese sind üblich: Die erste findet ihren Ausdruck in der häufig gestellten Frage, warum sich trotz der allgemein bekannten Identifikation vieler Bauern mit bürgerlichen Parteien auch sozialistische bzw. sozialdemokratische Parteien um ihre Stimmen bemühen. Zum Beispiel herrscht eine weitgehende Übereinstimmung darüber, daß die Agrarpolitik der sozialliberalen Koalition für die Landwirtschaft ebenso günstig ausgefallen ist wie im Falle einer konservativen Regierungsmehrheit. Ein solches agrarpolitisches Engagement einer sozialistischen Partei ist keineswegs eine Ausnahme, sondern auch aus anderen Ländern bekannt (Wilson, 72, S. 33 f. und S. 45 f.; Rogers, 58, S. 215; Burkhardt-Reich und Schumann, 13). Es ist durch den Versuch zu erklären, die agrar- und parteipolitischen Präferenzen der Landwirtschaft zugunsten der eigenen Partei zu beeinflussen. Denn derartige Präferenzen entwickeln sich nicht autonom, sondern werden durch die tatsächlich betriebene Agrarpolitik entscheidend mitgeprägt. Die Einführung bestimmter agrarpolitischer Umverteilungsmaßnahmen wird in der Landwirtschaft Erwartungen wecken und manifestieren, die auf eine uneingeschränkte Fortsetzung dieser Maßnahmen gerichtet sind. Auf diese Weise erhält die jeweilige Regie-

rungspartei die Möglichkeit, die agrarpolitischen Präferenzen der Landwirtschaft so zu beeinflussen, daß sie mit der Ideologie und dem Programm der Partei möglichst übereinstimmen. Zum einen sind infolgedessen diejenigen Parteien im Vorteil, die aus historischen Gründen vor ihren Konkurrenzparteien die Erwartungen der Landwirtschaft grundlegend beeinflussen konnten. Zum anderen wird aber auch eine neu an die Regierung gelangende Partei versuchen, die agrarpolitischen Präferenzen der Bauern ihrem Parteiprogramm anzunähern.

Dies war offenbar die Strategie der sozialdemokratischen Partei nach dem Regierungswechsel im Jahre 1969. Sie wurde letzten Endes dadurch ermöglicht, daß sich das agrarpolitische Interesse der Landwirtschaft an ökonomischer Sicherheit ganz unterschiedlich interpretieren läßt: Die bürgerlichen Parteien betonen die Ähnlichkeit der ökonomischen Verhältnisse von Landwirten und mittelständischen Unternehmern. Ihr gemeinsames Interesse beispielsweise an kostendeckenden Preisen und finanzierbarem Fremdkapital werden daher hervorgehoben. Solange solche Präferenzen im Mittelpunkt des politischen Bewußtseins von Bauern stehen, bevorzugen sie eine politische Koalition mit dem Mittelstand, wie sie von den bürgerlichen Parteien repräsentiert wird. Die sozialdemokratische Partei versuchte dagegen bestimmte übereinstimmende Merkmale in der wirtschaftlichen Situation von Bauern und Arbeitnehmern stärker zu Geltung zu bringen. Zum Beispiel wurde das gemeinsame Interesse am Ausbau der sozialen Sicherung und damit verbundener Einkommensübertragungen zum Gegenstand der Agrarpolitik. Hinter dem Versuch, solche Präferenzen in den Mittelpunkt des politischen Bewußtseins von Bauern zu rücken, stand offenbar das Ziel, Teile der Landwirtschaft zu einer gesellschaftlichen Koalition mit der Arbeitnehmerschaft im Rahmen der Sozialdemokratie zu bewegen. Da entsprechende Wahlerfolge der SPD bei den Bauern allerdings ausgeblieben sind (Haase, 30, S. 41), kann die erste Variante unserer Hypothese durch diese Erfahrung nicht gestützt werden.

Die zweite Variante geht von einem Grenzwählerpotential der Landwirtschaft zwischen unterschiedlichen bürgerlichen Parteien aus und ist als die These von der "Grenznutzenposition" des bäuerlichen Berufsstandes zwischen CDU und FDP bekannt (Ackermann, 1, S. 68 und 99; 2, S. 301; 3, S. 32; Andrlik, 7, S. 108 ff.; Bethusy-Huc und Besch, 10, S. 221; 11, S. 243; Gerl, 26, S. 211 f.; Ziche, 73, S. 150). Die landwirtschaftliche Interessenvertretung hat einer solchen wahlpolitischen Einflußnahme zwar zeitweise Bedeutung zugemessen. Allerdings bleibt die Frage offen, ob sie das bäuerliche Wählerverhalten tatsächlich zu lenken vermochte oder bestimmte agrarpolitische Zugeständnisse lediglich deshalb erreichte, weil auch die Agrarpolitiker in dieser Frage unsicher waren. Jedenfalls versuchte der Deutsche Bauernverband im Bundestagswahlkampf 1961 zur Aufhebung der absoluten Mehrheit der CDU im Bundestag beizutragen und das Konkurrenzverhältnis zwischen CDU und FDP in agrarpolitischen Fragen wiederherzustellen, indem er seinen Mitgliedern die Wahl der FDP nahelegte. Tatsächlich erhielt die FDP besonders in protestantischen und ländlichen Gebieten einen beträchtlichen Stimmenzuwachs, der dann vielfach als ein Ergebnis jener Wahlempfehlung interpretiert wurde. Auch in der sich anschließenden Auseinandersetzung um den EWG-Beitritt und die Senkung des deutschen Getreidepreises verstand es der Bauernverband, die (tatsächliche oder vermeintliche) wahlpolitische Schlüsselstellung der Landwirtschaft zu nutzen (Ackermann, 1, S. 68 f.).

Für die Zeit der sozialliberalen Koalition wird den für die FDP abgegebenen Wählerstimmen aus der Landwirtschaft eine ähnliche Grenznutzenposition zugesprochen. Zwar ist es realistisch anzunehmen, daß die SPD der FDP das Landwirtschaftsressort überlassen hat, um sich angesichts der knappen Mehrheit der sozialliberalen Koalition im Parlament die Unterstützung der landwirtschaftlichen Abgeordneten der FDP zu sichern. Es ist u.E. aber fraglich, ob dadurch auch in allgemeinen Wahlen eine verstärkte Unterstützung der FDP von seiten der Bauern bewirkt werden konnte. Andrlik (7, S. 115 ff.) versucht dagegen, aus der besonderen geographi-

schen Verteilung des bäuerlichen Wählerpotentials einen wahlstrategischen Zusammenhang zwischen der Agrarpolitik und der FDP abzuleiten. Die FDP habe in protestantischen und zugleich ländlichen Wahlkreisen überdurchschnittliche Wahlerfolge und müsse sich daher die Sympathie dieses Wählerblocks und damit auch der darin enthaltenen Landwirte als Grenzwähler sichern. Diese Argumentation läßt sich allerdings mit der zu ihrer Begründung herangezogenen Untersuchung (Hoschka und Schunck, 42, S. 279-300) kaum stützen. Aus ihr geht nicht hervor, ob in den genannten FDP-freundlichen Wahlkreisen auch ein außergewöhnlich hoher Anteil an Landwirten die FDP gewählt oder eher das Wählerverhalten anderer Gruppen ihren relativ hohen Stimmenanteil bewirkt hat. Ebenfalls ist daraus nicht zu ersehen, ob Veränderungen des FDP-Anteils im Zeitablauf auf eine besonders hohe Wählerbeweglichkeit von Bauern oder anderer Gruppen zurückgehen. Zu erkennen ist eher ein für die FDP ungünstiges Wählerverhalten der landwirtschaftlichen Bevölkerung: Je höher der Wähleranteil der Landwirtschaft in den Wahlkreisen ist, desto geringer ist der Stimmenanteil der FDP (Hoschka und Schunck, 42, S. 292). Es ergeben sich demnach ebenfalls keine überzeugenden Anhaltspunkte für die zweite Variante unserer Hypothese. Auch mit dem Wechselwähler-Modell läßt sich demnach kein Steuerungspotential allgemeiner Wahlen für die landwirtschaftliche Einkommenspolitik finden.

4.4 Das Stammwähler-Modell und die Abschirmung der landwirtschaftlichen Einkommenspolitik von der Wählerkontrolle

4.4.1 Warum sind Landwirte Stammwähler?

Wechselwähler sind für das wirtschaftspolitische Steuerungspotential des Parteienwettbewerbs unentbehrlich, Stammwähler dagegen für das Lenkungsvermögen alternativer Koordinationsmechanismen. Sie dienen zum Beispiel der Etablierung einer inneren Lobby aus landwirtschaftlichen Abgeordneten im Parlament (Boysen, 12), der Institutionalisierung verbandspolitischer Einflußkanäle und einer interessenbestimmenden Orientierung der Staatsbürokratie. Demnach ist die

"bereichsspezifische Wählerbeweglichkeit" (Zohlnhöfer, 74, S. 92 ff.) maßgeblich dafür, welche dieser beiden Alternativen politischer Koordination stärker zum Zuge kommt. Die Wählerbeweglichkeit und die durch sie geförderte politische Konkurrenz stellen in einer Demokratie nur eine, wenn auch wichtige Determinante des Leistungsdrucks dar, dem die Regierung ausgesetzt ist. Liegen, wie im Fall der Agrarpolitik, intensive Parteipräferenzen vor, so daß sowohl die von der Landwirtschaft bevorzugten als auch die von ihr gemiedenen Parteien kaum Möglichkeiten des Stimmengewinns und/oder -verlusts haben, dann büßen Wählerkontrolle und Parteienwettbewerb ihr Steuerungspotential weitgehend ein. An ihre Stelle tritt allerdings gewöhnlich kein interessenfreier Gestaltungsspielraum für die Regierung, sondern das erwähnte alternative Einflußpotential, wobei "die bekannten Unterschiede in der Organisierbarkeit und im Ausmaß der faktischen Organisation verschiedener Gruppeninteressen ... in aller Regel zu einer entsprechend einseitigen Interessenberücksichtigung führen"(Zohlnhöfer, 74, S. 89). Wenn daher eine Interessengruppe wie die Landwirtschaft in einer rentensuchenden Gesellschaft nach wirtschaftspolitischen Wettbewerbsvorteilen gegenüber anderen Gruppen strebt, so gibt es dafür zwei Durchsetzungsstrategien, die offensichtlich in einer überwiegend substitutiven Beziehung stehen: Je stärker sie den Parteienwettbewerb nutzen möchte, desto mehr ist sie auf einen hohen Anteil an Wechselwählern angewiesen. Sie muß dann ideologische und institutionelle Bindungen vermeiden, um eine möglichst hohe Wählerbeweglichkeit aufrechtzuerhalten. Je mehr sie aber die genannten alternativen Koordinationsmechanismen entwickeln möchte, desto mehr muß sie sich auf einen hohen Anteil an Stammwählern verlassen können. Dazu bedarf es der ideologischen und institutionellen Festigung einer entsprechenden Parteiidentifikation. Es stellt sich die Frage, weshalb in der Agrarpolitik die zweite Durchsetzungsstrategie dominiert.

Zunächst ist zu bedenken, daß der Parteienwettbewerb besonders für so spezifische Probleme wie die der Agrarpolitik nur eine völlig unpräzise Grobsteuerung ermöglicht. Eine

Feinsteuerung durch das Parlament, das Verbandssystem, die Ministerialbürokratie usw. ist daher ohnehin unumgänglich. So kann ein Landwirt zum einen mit seiner Stimme zwar ein globales Parteiprogramm wählen, nicht aber für spezifische Maßnahmen der landwirtschaftlichen Einkommenspolitik votieren, zumal diese zum großen Teil nicht auf nationaler, sondern auf europäischer Ebene, also außerhalb des unmittelbaren Einflußbereichs der Parteien, beschlossen werden. Zum anderen wird er sein Parteiendifferential nicht nur, wie wir in Abschnitt 4.1 angenommen haben, nach Maßgabe der Agrarpolitik kalkulieren, sondern auch seine übrigen politischen Präferenzen berücksichtigen (Haase, 30, S. 36 ff. und 54 f.). Mit anderen Worten: die Landwirtschaft hat zwar als passionierte Minderheit ein starkes Interesse daran, gemäß ihren intensiven agrarpolitischen Präferenzen zwischen programmatischen Alternativen zu wählen. Auf der Ebene allgemeiner Wahlen werden ihr aber keine entsprechend differenzierten Wahlmöglichkeiten geboten. Das wahlorientierte Engagement unserer passionierten Minderheit muß deshalb gewissermaßen auf eine andere Ebene verlagert und dabei an agrarpolitische Unternehmer im Parlament, in den Verbänden und in der Bürokratie delegiert werden.

Ein weiteres Versagen der wahlpolitischen Steuerung wird deutlich, wenn wir noch einmal zu unserem Demokratiemodell zurückkehren. Im Modell der reinen Demokratie besteht die optimale Verteilungsstrategie darin, eine minimale Mehrheit maximal zu begünstigen und dabei eine maximale Minderheit maximal zu belasten, wobei Landwirte die Rolle der wahlentscheidenden Grenzwähler spielen könnten. In der Wirklichkeit wäre dies aber weder für die Politiker noch für die Landwirte eine empfehlenswerte Strategie, da sie den Parteien keine verläßliche Mehrheit und der Landwirtschaft keine stabile Einkommenspolitik ermöglichen würde. Denn nachdem eine Partei die Gewinnstrategie der anderen durch das Zusammenfügen der "49 %-Minderheit" mit einer besonders begünstigten "2 %-Gruppe" zerstört hätte, könnte sie selbst auf die gleiche Weise wieder abgelöst werden usw. (Knappe, 44, S. 125). Während also das auf Allokationsprogramme abge-

stellte Medianwähler-Modell auf eine stabile Politik hinausläuft, führt die ergänzende Berücksichtigung von Verteilungsprogrammen - und dies ist für die Agrarpolitik eher relevant - zu instabilen politischen Verhältnissen, die in unserem Modell als eine Ausbeutung wechselnder Minderheiten durch wechselnde Mehrheiten in Erscheinung treten. Hinzu kommt, daß die tatsächlich zu erwartende Wählerreaktion auf wirksame Umverteilungsmaßnahmen für die Politiker kaum vorauszusehen ist, da sie von schwer kalkulierbaren Faktoren abhängt, z.B. von der gewöhnlich asymmetrischen Reaktion von Verteilungsgewinnern und -verlierern, von der negativen Beeinflussung anderer Wählergruppen durch die Verlierer und von der bei ihnen wiederum ansetzenden Gegenstrategie der Opposition.

Solche Instabilitäten und Risiken entsprechen aber weder den Zielen der Agrarpolitiker noch den Wünschen der Landwirte. Zwei Auswege bieten sich in dieser Situation an: Den Interessen der Politiker wäre vielleicht schon dadurch gedient, daß die landwirtschaftliche Einkommenspolitik der Wählerkontrolle zwar unterworfen bliebe, aber nicht mehr als effiziente, sondern als ineffiziente Umverteilungspolitik betrieben würde. Diese für weite Bereiche der Demokratie charakteristische Form der Umverteilung wird "... nicht nach einer langfristig konzipierten Verteilungszielsetzung und nicht mit dem Ziel einer Veränderung der Einkommensverteilung, sondern aus wahltaktischen Gründen, vor allem in Form kurzfristiger, unsystematisch gestreuter 'Wahlgeschenke' betrieben, wobei nicht (wie im Falle einer strengen Wählerkontrolle) eine 'maximale Minderheit' 'maximal' ausgebeutet wird, sondern bei der im Gegenteil streng darauf geachtet wird, daß möglichst keine größere Gruppe spürbare und sichtbare Nachteile zu verzeichnen hat, was letztlich die Ineffizienz umverteilungspolitischer Maßnahmen voraussetzt" (Knappe,44, S. 132). Allerdings entspräche dies nicht den in Abschnitt 3.3 geschilderten agrarpolitischen Präferenzen der Landwirte, die auf eine erfolgreiche politische Sicherung wirtschaftlicher Renten ausgerichtet sind und deshalb eine effiziente Umverteilungs-

politik verlangen. Ein gemeinsames Interesse können Agrarpolitiker und Landwirte infolgedessen nur darin finden, die landwirtschaftliche Einkommenspolitik (abgesehen von gezielten Wahlgeschenken) möglichst aus einer strengen Wählerkontrolle herauszuhalten und stattdessen einen nicht unmittelbar durch allgemeine Wahlen kontrollierten Handlungsspielraum zu schaffen, in dem sie sich ohne große wahlpolitische Opportunitätskosten als effiziente Umverteilungspolitik gestalten läßt. Bei der Isolierung eines solchen Gestaltungsspielraums spielen folgende Determinanten eine besondere Rolle.

4.4.2 Die Abschirmung der landwirtschaftlichen Einkommenspolitik von der Wählerkontrolle

(1) Die Absicherung der Agrarpolitik durch gesellschaftliche Handlungsrechte auf der konstitutionellen Ebene: Trotz ihres hohen finanziellen Aufwandes findet die Agrarpolitik in der Öffentlichkeit nur relativ wenig Widerspruch. "Goodwill" ist offenbar das wichtigste politische Kapital der Landwirtschaft (Paarlberg, 57, S. 11). Der Erhaltung dieses politischen Kapitalstocks dient eine verbreitete normative Theorie, die zur Legitimation der Agrarpolitik eingesetzt wird. Sie deutet die Agrarpolitik nach dem Muster eines Gesellschaftsvertrages, wie es beispielsweise aus der Ökonomischen Theorie der Verfassung (vgl. z.B. Eschenburg, 19) und der Ökonomischen Theorie der Handlungsrechte (vgl. z.B. Furubotn und Pejovich, 25) bekannt ist. Agrarpolitik wird als ein freiwilliger, gerechter und für alle Beteiligten profitabler Tausch von Gruppenleistungen interpretiert. Die offiziell zugesagte Einkommensparität gilt demnach als eine gerechte Gegenleistung für bestimmte politische Güter der Landwirtschaft, z.B. für eine gesicherte Nahrungsmittelversorgung, verläßliche Nahrungsmittelqualität, Landschaftserhaltung, Umweltschutz, breite Eigentumsstreuung, gesellschaftliche Stabilität usw. Durch die gesellschaftliche Akzeptanz dieses impliziten Kontraktes entstehen politische "Property Rights der Agrarpolitik" (Hagedorn, 31, S. 619). Gesellschaftliche Handlungsrechte dieser

Art können, da sie einer breiten Zustimmung bedürfen, nur durch überzeugende Begründung geschaffen, aufrechterhalten und auch z.B. veränderten Rahmenbedingungen der Agrarpolitik angepaßt werden (Hesse, 39, S. 491). Das Überzeugungsvermögen einer solchen Legitimationstheorie beruht nicht zuletzt darauf, daß sie sich auf eine (tatsächliche oder vermeintliche) freiwillige Vereinbarung von Gesellschaftsgruppen zur Internalisierung externer Effekte beruft, die als gerecht anerkennenswert ist (oder auch nur zu sein scheint) und deshalb bei den Bürgern entsprechend positive Werturteile, in unserem Falle zugunsten der Agrarpolitik, zu mobilisieren vermag (v. Weizsäcker,70, S. 308 und insb..71, S. 13-20). Nur durch ein solches Verfahren können Property Rights geschaffen werden, denn unfreiwillige Zustimmung kann keine Rechte verändern.

(2) "Natürliche" Quellen eines besonderen Einflußpotentials der Landwirtschaft: Die skizzierte konstitutionelle Verankerung der Agrarpolitik wird gewissermaßen als Verstärker eines aus "natürlichen" Gründen schon gegebenen Einflußpotentials der Landwirtschaft. Denn die als gesellschaftliche Leistungen der Landwirtschaft geltenden politischen Güter, vor allem die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung, die Garantie gesunder Nahrungsmittel und der Schutz der Umwelt, tangieren besonders sensible Bedürfnisse der Staatsbürger, weil Mangellagen bei diesen Gütern einen für den Menschen unmittelbar bedrohlichen Charakter annehmen können. Vom Standpunkt des einzelnen her gesehen kann es daher sehr sinnvoll sein, sich durch seine Zustimmung an einem Grundkonsens zu beteiligen, der einer an diesen Sicherheitsbedürfnissen orientierten Agrarpolitik den Vorzug gibt. Er ist im Prinzip zur Übernahme entsprechend höherer Kosten bereit, um jene Sicherheit vielleicht einmal selbst in Anspruch nehmen zu können. Sie hat demnach einen hohen "Optionswert" (Frey, 21, S. 50).

(3) Die Vermeidung von Widerspruch von seiten der Wählerkontrolle: Die vorrangige Aufgabe dieser konstitutionellen Vorkehrungen ist es, einem durch Wahlen oder andere Kontroll-

mechanismen artikulierten Widerspruch gegen die landwirtschaftliche Einkommenspolitik vorzubeugen. Mehr noch: je besser es gelingt, die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer solchen Politik zu überzeugen, desto eher ist nicht nur eine Neutralisierung oppositioneller Wählerreaktionen, sondern sogar deren Umkehrung in Zustimmung zu erwarten. Wie wichtig dies für die Durchsetzbarkeit einer agrarpolitischen Umverteilung ist, wird deutlich, wenn wir die in Abschnitt 4.1 getroffene Annahme aufheben, die Agrarpolitiker hätten nur die Präferenzen landwirtschaftlicher Wähler zu berücksichtigen. Da sowohl das Wählerpotential als auch die Wählerbeweglichkeit der Konsumenten erheblich größer ist als das (die) der Landwirte (Haase, 30, S. 54 f.), würde der durch eine landwirtschaftliche Einkommenspolitik ermöglichte Gewinn an landwirtschaftlichen Wechselwählern durch den gleichzeitigen Verlust an nichtlandwirtschaftlichen Wechselwählern (trotz unterschiedlicher Betroffenheit) überkompensiert. Außerdem ließen sich mit der gleichen Umverteilungsmasse bei anderen Gruppen mit geringerer Parteiidentifikation erheblich mehr Wechselwähler mobilisieren. Die wahlpolitischen Opportunitätskosten einer verteilungspolitischen Bevorzugung des Agrarsektors wären daher viel zu hoch, wenn diese nicht durch konstitutionelle Vorkehrungen gegen eine strenge Wählerkontrolle geschützt werden könnte.

(4) Die Attraktivität der Landwirtschaft für interessenpolitische Gewinnkoalitionen: Die Schrumpfung des Agrarsektors wird gewöhnlich als eine mögliche Ursache für einen Machtverlust der Landwirtschaft betrachtet (Lewis-Beck, 47, S. 543 f.; Paarlberg, 57, S. 11 f.; Hathaway, 35, S. 68; 36, S. 782 ff.; Wilson, 72, S. 31 und 48 ff.). Der Abwanderungsprozeß könnte aber auch eine Quelle der Machterhaltung sein, da bei einer gleichbleibenden Pro-Kopf-Begünstigung der Landwirte die Pro-Kopf-Belastung der Nichtlandwirte fällt und hiervon die Attraktivität der Landwirtschaft für interessenpolitische Gewinnkoalitionen abhängt. Interessengruppen können die von ihnen angestrebte politische Manipulation der Preisrelationen meistens nicht im

Alleingang durchsetzen, sondern müssen dazu Koalitionen mit anderen Gruppen eingehen. Die Preisaufschläge jedes potentiellen Koalitionspartners mindern aber die Realeinkommen jeder anderen Gruppe. "Consequently, ceteris paribus, any group seeking to maximize its real incomes by forming a coalition to secure a price rise has an incentive to exclude from that coalition industries whose goods comprise a high share of that group's purchases and to seek instead an allicance with industries whose goods comprise a lower share of their purchases" (Bates and Rogerson, 9, S. 514 f.). Daraus ergibt sich ein mit zunehmendem Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft wachsender Anreiz, die Landwirtschaft in eine erfolgreiche Koalition aus einflußreichen Gesellschaftsgruppen einzubeziehen.

4.5 Das Extremwähler-Modell und die Frage nach der politischen Rolle der Bauern

4.5.1 Können Landwirte "Extremwähler" sein?

Die Parteiidentifikation von Wählern kann sich in Krisenzeiten vorübergehend oder sogar nachhaltig ändern (Dinkel, 16, S. 95 f.). Es stellt sich daher die Frage, ob ein Teil der Bauern in kritischen Wahlen die Position extremer Wähler einnehmen könnte. In einem solchen Fall müßten die Politiker in unserer Modelldemokratie die durch eine entsprechende Programmänderung möglichen Stimmengewinne im Bereich der Medianwähler gegen die gleichzeitigen Stimmenverluste u.a. bei Landwirten im Bereich extremer Wähler abwägen (und umgekehrt) (Dinkel, 16, S. 46-84; Downs, 17, S. 111-138; Frey, 20, S. 125-131; Herder-Dorneich und Groser, 38, S. 126-135; Kirsch, 43, S. 97-105). Hierdurch wäre dann doch ein gewisses Steuerungspotential allgemeiner Wahlen für die landwirtschaftliche Einkommenspolitik gegeben.

4.5.2 Die politische Rolle der Bauern: demokratieerhaltende Kraft oder radikalisierbares Potential?

Diese Fragestellung leitet uns zu einem Widerspruch: Einerseits wird der Landwirtschaft immer wieder eine systemerhaltende Qualität unterstellt. Angeblich übernimmt sie bei uns die Rolle eines "Bollwerks gegen den Sozialismus" (Agra-Europe, 4, S. 12; 5, S. 24), und auch in der agrarischen Demokratietheorie von Thomas Jefferson, die das amerikanische Demokratiebewußtsein entscheidend geprägt hat, wird sie als das sichere Fundament der Demokratie angesehen (Griswold, 28, S. 19; Paarlberg, 57, S. 5). Andererseits zeigen historische und aktuelle Erfahrungen, daß auch Bauern unter bestimmten sozialen und ökonomischen Voraussetzungen zu radikalem politischen Verhalten neigen und dann zu Extremwählern werden. Ein Beispiel hierfür ist die Tatsache, daß Teile der bäuerlichen Bevölkerung im Hinblick auf ihre Zustimmung zum Nationalsozialismus anderen Bevölkerungsgruppen vorauseilten. Dies wird sowohl anhand des von 1928 bis 1933 wachsenden Stimmenanteils der Nationalsozialisten als auch an den damaligen Eintritten in die NSDAP sichtbar (Frey und Weck, 22, S. 5 f.; Friedrich, 23, S. 51; Gies, 27, S. 343; Loomis and Beagle, 48, S. 729; Moore, 50, S. 448 f.; Sondermann, 63, S. 179 ff.; Stoltenberg, 65, S. 196 f.). Andere Beispiele sind die Gründung einer rechtsextremen Bauernpartei in den Niederlanden 1958 und die militanten Aktionen französischer Bauern.

Die Frage, unter welchen ökonomischen und politischen Bedingungen die Gefahr einer Radikalisierung von Bauern bestehen könnte, ist angesichts der absehbaren einschneidenden Änderungen der landwirtschaftlichen Preis- und Einkommenspolitik in der EG durchaus von aktuellem Interesse. Solche Legitimationskriterien der Agrarpolitik können nach den vorliegenden historischen Erfahrungen immer dann eintreten, wenn zwei Entwicklungen zeitlich zusammentreffen.

(1) Das Bewußtsein der Bauern, nach einer Enttäuschung ihrer ökonomischen Erwartungen in einer für sie existenzbedrohenden ökonomischen Krise von den herkömmlichen politischen

Institutionen und den zwischen diesen und ihnen vermittelnden bäuerlichen Organisation im Stich gelassen zu werden, und (2) eine (ideologische) Instrumentalisierung dieses Bewußtseins durch bestimmte, der Landwirtschaft im Grunde fremde (urbane) Gruppen und Organisationen, welche die Landwirtschaft für ihre Zwecke einsetzen. Sondermann (63) erläutert diesen Zusammenhang für die Zeit um 1893, in der als Reaktion auf die Zollgesetzgebung Caprivis bäuerliche Organisationen gegründet wurden (Bund der Landwirte, Christliche Bauernvereine, Bayerischer Bauernbund u.a.), für die Entstehung der Bauernräte während der Novemberrevolution 1918/19 und die Ausbreitung des Nationalsozialismus in der Landwirtschaft von 1928 bis 1933. Frey und Weck (22) gelangen zu einer analogen Erklärung für den Aufstieg des Nationalsozialismus, den sie auf ein Zusammenwirken von konjunkturellen Faktoren (Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Wahlbeteiligung) und strukturellen Faktoren (Anteile von Katholiken, landwirtschaftlichen Erwerbstätigen und Arbeitern) zurückführen. Ein weiteres Beispiel beschreibt Nooij (53), der als Ursache für die Unterstützung einer 1958 in den Niederlanden gegründeten rechtsextremen Bauernpartei u.a. eine Desorientierung solcher Landwirte vorfindet, die ihre auf ökonomische Sicherheit ausgerichteten Erwartungen von der Regierung enttäuscht sehen.

Diese kurzen Hinweise deuten bereits darauf hin, daß mit einer asymmetrischen Reaktion der Landwirtschaft auf Änderungen der landwirtschaftlichen Preis- und Einkommenspolitik, wie sie uns heute bevorstehen, zu rechnen ist. Das Beispiel der sozialliberalen Koalition hat gezeigt, daß eine weitgehende Erfüllung verteilungspolitischer Erwartungen keine nennenswerte Änderung der Parteipräferenz bewirkt. Ihre Enttäuschung kann dagegen einen radikalen Wechsel der Parteipräferenz hervorrufen. Die Entstehungsursache solcher Erwartungen liegt allerdings nicht allein bei den Landwirten, sondern maßgeblich bei den Agrarpolitikern selbst, die durch eine einseitig auf Umverteilung ausgerichtete Agrarpolitik entsprechende agrarpolitische Präferenzen fördern und festigen. Aber auch dies tun sie wiederum nicht ohne

Grund, sondern als Reaktion auf einen ebenso einseitigen Legitimationsdruck von seiten der Landwirtschaft. Muß denn unbedingt, so wird man sich fragen müssen, Agrarpolitik in demokratischen Gesellschaften immer mit einem sukzessiven Aufbau einer solchen Hypothek aus verteilungspolitischen Erwartungen verbunden sein, die sich dann irgendwann einmal nicht mehr einlösen lassen? Oder gibt es dazu agrarpolitische Alternativen, die nicht in dieses Dilemma führen und trotzdem mit dem Demokratiegedanken vereinbar sind?

Literaturverzeichnis

1. Ackermann, P.: Der Deutsche Bauernverband im politischen Kräftespiel der Bundesrepublik (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 27). Tübingen 1970.
2. Ackermann, P.: Landwirtschaftliche Interessenpolitik in der Bundesrepublik. "Der Bürger im Staat", Jg. 27 (1977), H. 4, S. 298-301.
3. Ackermann, P.: Interessendurchsetzung: Das Beispiel des Deutschen Bauernverbandes (DBV). "Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium", Jg. 11 (1982), H. 1, S. 29-36.
4. Agra-Europe: Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft. "Agra-Europe", Nr. 7/1983, Länderberichte, S. 11-13.
5. Agra-Europe: Bäuerliche Landwirtschaft muß Vorrang haben. "Agra-Europe", Nr. 9/1983, Länderberichte, S. 24.
6. Aldrup, D.: Das Rationalitätsproblem in der Politischen Ökonomie (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 11). Tübingen 1971.
7. Andrlik, E.: The Farmers and the State: Agricultural Interests in West German Politics. "West European Politics", Vol. 4 (1981), No. 1, S. 104-119.
8. Barry, B.M.: Neue Politische Ökonomie. Frankfurt, New York 1975.
9. Bates, R.H. and W.P. Rogerson: Agriculture in Development: A Coalitional Analysis. "Public Choice", Vol. 35 (1980), S. 513-527.
10. Bethusy-Huc, V. Gräfin von und M. Besch: Interessenverbände in der agrarpolitischen Willensbildung. "Zeitschrift für Parlamentsfragen", 2. Jg. (1971), S. 206-223.
11. Bethusy-Huc, V. Gräfin von und M. Besch: Interessenverbände in der agrarpolitischen Willensbildung. In: Schlotter 1971, S. 229-246.

12. Boysen, S.: Struktur und Einflußmöglichkeiten der landwirtschaftlichen Abgeordneten in den Parlamenten der Bundesrepublik Deutschland von 1949-1969. Diss. Kiel 1971.

13. Burkhardt-Reich, B. und W. Schumann: Agrarverbände in der EG (Schriftenreihe Europa-Forschung, Bd. 5). Kehl am Rhein und Straßburg 1983.

14. Cell, C.P.: Selective Incentives versus Ideological Commitment: The Motivation for Membership in Wisconsin Farm Organisations. "American Journal of Agricultural Economics", Vol. 62 (1980), Nr. 3, S. 517-524.

15. Cochrane, W.W.: Farm Prices. Myth and Reality. Minneapolis 1958.

16. Dinkel, R.: Der Zusammenhang zwischen der ökonomischen und politischen Entwicklung in einer Demokratie (Volkswirtschaftliche Schriften, H. 263). Berlin 1977.

17. Downs, A.: Ökonomische Theorie der Demokratie (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 8). Tübingen 1968.

18. Drazen, A.: Recent Developments in Macroeconomic Disequilibrium Theory. "Econometrica", Vol. 48 (1980), S. 283-306.

19. Eschenburg, R.: Der ökonomische Ansatz zu einer Theorie der Verfassung (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 21). Tübingen 1977.

20. Frey, B.S.: Moderne Politische Ökonomie. München 1977.

21. Frey, B.S.: Theorie demokratischer Wirtschaftspolitik. München 1981.

22. Frey, B.S. und H. Weck: Hat Arbeitslosigkeit den Aufstieg des Nationalsozialismus bewirkt? "Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik", Bd. 196 (1981), H. 1, S. 1-31.

23. Friedrich, C.J.: The Agricultural Basis of Emotional Nationalism. "The Public Opinion Quarterly", Vol. 1 (1937), S. 50-61.

24. Fritsch, B.: Die Überforderung des Staates. In: P. Bohley und G. Tolkemitt (Hrsg.), Wirtschaftswissenschaft als Grundlage staatlichen Handelns. Tübingen 1979, S. 503-513.

25. Furubotn, E.G. und Pejovich, S.: Property Rights and Economic Theory: A Survey of Recent Literature. "Journal of Economic Literature", Vol. 10 (1972), S. 1137-1162.

26. Gerl, F.: Parteien, Exekutive, Parlament in der agrarpolitischen Willensbildung. In: Schlotter, 1971, S. 203-227.

27. Gies, H.: NSDAP und landwirtschaftliche Organisation in der Endphase der Weimarer Republik. "Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte", Jg. 15 (1967), H. 4, S. 541-576.

28. Griswold, A.W.: Farming and Democracy. New Haven und London 1952.

29. Guggenberger, B.: Die Wiedergewinnung des Sozialen. "FAZ" v. 13.08.1983.

30. Haase, K.: Die Politische Ökonomie der Agrarpolitik. "Agrarwirtschaft", Sh. 98. Hannover 1983.

31. Hagedorn, K.: Agrarpolitik und Ökonomische Theorie der Politik. Eine Replik. "Wirtschaftsdienst", Jg. 62 (1982), H. 12, S. 618-622.

32. Hagedorn, K.: Methodologische Probleme der wissenschaftlichen Agrarpolitik (Arbeitsbericht des Instituts für Strukturforschung der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, Nr. 83/2). Braunschweig 1983.

33. Hagemann, H., H.D. Kurz und W. Schäfer (Hrsg.), Die Neue Makroökonomik. Frankfurt/New York 1981.

34. Hayek, F.A. v.: Die Irrtümer des Konstruktivismus und die Grundlagen legitimer Kritik gesellschaftlicher Gebilde (Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Nr. 51). Tübingen 1975.

35. Hathaway, D.E.: The Implications of Changing Political Power of Agriculture. In: V.W. Ruttan, A.D. Waldo und J.P. Houck (Hrsg.): Agricultural Policy in an Affluent Society. New York 1969, S. 63-68.

36. Hathaway, D.E.: Government and Agriculture Revisted: A Review of Two Decades of Change. "American Journal of Agricultural Economics", Vol. 63 (1981), S. 779-787.

37. Henrichsmeyer, W.: Einige Konsequenzen aus der veränderten Problemlage in der erweiterten EG für die agrarökonomische Forschung. In: R. v. Alvensleben, U. Koester und H. Storck (Hrsg.): Agrarwirtschaft und Agrarpolitik in einer erweiterten Gemeinschaft (Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Bd. 18). Münster-Hiltrup 1981, S. 607-620.

38. Herder-Dorneich, Ph. und M. Groser: Ökonomische Theorie des politischen Wettbewerbs. Göttingen 1977.

39. Hesse, G.: Der Property-Rights-Ansatz. Eine ökonomische Theorie der Veränderung des Rechts? "Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik", Bd. 195 (1980), Nr. 6, S. 481-495.

40. Homann, K.: Die Interdependenz von Zielen und Mitteln (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 27). Tübingen 1980.

41. Homann, K.: Zum Problem rationaler Politik. In: E. Boettcher, Ph. Herder-Dorneich und K.-E. Schenck (Hrsg.): Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie, Bd. 1. Tübingen 1982, S. 11-38.

42. Hoschka, P. und H. Schunck: Stabilität regionaler Wählerstrukturen in der Bundesrepublik. In: M. Kaase (Hrsg.): Wahlsoziologie heute. "Politische Vierteljahresschrift", Jg. 18 (1977), H. 2/3, S. 279-300.

43. Kirsch, G.: Ökonomische Theorie der Politik. Tübingen 1974.

44. Knappe, E.: Staatliche Verteilungspolitik auf parlamentarischer und konstitutioneller Ebene. In: E. Boettcher, Ph. Herder-Dorneich und K.-E. Schenk (Hrsg.): Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie, Bd. 1. Tübingen 1982, S. 113-139.

45. Kötter, H.: Der Einfluß von Ideologien auf die Agrarpolitik. In: Schlotter, 1971, S. 43-54.

46. Lehmann, H.G.: Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 26). Tübingen 1970.

47. Lewis-Beck, M.S.: Explaining Peasant Conservatism: The Western European Case. "British Journal of Political Science", Vol. 7 (1977), S. 447-464.

48. Loomis, P.C. and A.J. Beagle: The Spread of German Nazism in Rural Areas. "American Sociological Review", Vol. 11 (1946), S. 724-734.

49. Meyer, W.: Erkenntnistheoretische Orientierungen und der Charakter des ökonomischen Denkens. In: E. Streißler und C. Watrin (Hrsg.): Zur Theorie marktwirtschaftlicher Ordnungen. Tübingen 1980, S. 80-110.

50. Moore, B., jr.: Social Origins of Dictatorship and Democracy. Boston 1966.

51. Mueller, D.C.: Public Choice. Cambridge, London, New York, Melbourne 1979.

52. Narr, W.-D. und F. Naschold: Theorie der Demokratie. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1973.

53. Nooij, A.T.J.: Political Radicalism Among Dutch Farmers. "Sociologica ruralis", Vol. 9 (1969), Nr. 1, S. 43-61.

54. Nooij, A.T.J.: Der Einfluß von Wertvorstellungen auf die agrarpolitischen Entscheidungen. In: Schlotter, 1971, S. 55-69.

55. Offe, C.: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. In: H.P. Widmaier: Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt/M. 1974, S. 264-293.

56. Olson, M.: Die Logik kollektiven Handelns (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 10). Tübingen 1980.

57. Paarlberg, D.: Farm and Food Policy. Lincoln und London 1980.

58. Rogers, D.J.: Farmers as a Pressure Group. "New Society", Vol. 5 (1979), February, S. 214-216.

59. Rothschild, K.W.: Einführung in die Ungleichgewichtstheorie. Berlin 1981.

60. Schlotter, H.G. (Hrsg.): Die Willensbildung in der Agrarpolitik (Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues, e.V., Bd. 8). München, Bern, Wien 1971.

61. Schmitt, G. (Hrsg.): Mobilität der landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren und regionale Wirtschaftspolitik (Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues, e.V., Bd. 9). München, Bern, Wien 1972.

62. Schmitt, G.: Landwirtschaft in der Marktwirtschaft: Das Dilemma der Agrarpolitik. In: Cassel, D. et al. (Hrsg.): 25 Jahre Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1972, S. 329-350.

63. Sondermann, K.: Wirtschaftsentwicklung und landwirtschaftliche Verbandspolitik (Landwirtschaft - Angewandte Wissenschaft, H. 283). Münster-Hiltrup 1983.

64. Stollberg, G.: Zur Geschichte des Begriffs "Politische Ökonomie". "Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik", Bd. 192 (1977), S. 1-35.

65. Stoltenberg, G.: Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolks 1918-1933. Düsseldorf 1962.

66. Tangermann, S.: Gesamtwirtschaftliche Erträge und Kosten staatlicher Agrarförderung. In: G. Schmitt und H. Steinhauser (Hrsg.): Planung, Durchführung und Kontrolle der Finanzierung von Landwirtschaft und Agrarpolitik (Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues, e.V., Bd. 15). München 1978, S. 137-154.

67. Tollison, R.D.: Rent Seeking: A Survey. "Kyklos", Vol. 35 (1982), S. 575-600.

68. Watrin, C.: Ordnungspolitische Aspekte der Einkommensverteilung. In diesem Band, S. 15-27

69. Weintraub, E.R.: Microfoundations. Cambridge 1979.

70. Weizsäcker, C.C. v.: Zur Theorie demokratischer Wirtschaftspolitik. "Kyklos", Jg. 51 (1982), Fasc. 2, S. 307-309.

71. Weizsäcker, C.C. v.: Effizienz und Gerechtigkeit (Diskussionsbeiträge des Volkswirtschaftlichen Instituts der Universität Bonn, No. 9). Bern 1983.

72. Wilson, G.: Farmers' Organizations in Advanced Societies. In: H. Newby (Ed.): International Perspectives in Rural Sociology. Chichester, New York, Brisbane, Toronto 1978.

73. Ziche, J.: Techniken der Einflußnahme auf agrarpolitische Entscheidungen. In: Schlotter, 1971, S. 125-161.

74. Zohlnhöfer, W.: Das Steuerungspotential des Parteienwettbewerbes im Bereich staatlicher Wirtschaftspolitik. In: E. Boettcher, Ph. Herder-Dorneich und K.-E. Schenk (Hrsg.): Neue Politische Ökonomie als Ordnungstheorie. Tübingen 1980, S. 82-102.